



UNSER ARCHIV

Archiv 2014

Aus der Fraktion 2014

Aktuelle Themen der Fraktion der GRÜNEN in Schwerte

In ihren Beratungen im etwas ruhigeren **Herbstferienmonat Oktober 2014** befasste sich die Fraktion der GRÜNEN in Schwerte neben dem "laufenden Geschäft" u.a. mit folgenden Themen:

- Die Unterbringung von Flüchtlingen in Schwerte war auch im Oktober weiter ein beherrschendes Thema, wobei auf unsere Initiative hin der Versuch eines parteiübergreifenden gemeinsamen Vorgehens in die Wege geleitet wurde, neue Sammelunterkünfte in Schwerte zu verhindern und die Unterbringung von Flüchtlingen vorrangig in Wohnungen zu erreichen.
- Im KuWeBe-Verwaltungsrat wurde nach längeren Diskussionen entschieden, sich für die Bewerbung von Tobias Bäcker als Vorstand einzusetzen und Mehrheiten auszuloten. Ein gemeinsames Vorgehen mit der Wahl von Tobias Bäcker gelang sodann mit einer ungewöhnlichen "Koalition in der Sache" mit den Vertretern der CDU und der Linken im Verwaltungsrat.
Dass T. Bäcker kurz nach der Wahl diese dann nicht annahm und seine Bewerbung zurückzog, wird für eine weitere Beschäftigung mit dem Thema in den Folgemonaten sorgen.
- Auch das Thema Schulentwicklung in Schwerte war weiterhin im Oktober ein Thema: in Vorbereitung der Diskussionen im Schulausschuss, im Rat und mit der Stadtschulpflegschaft über die Schullandschaft in Schwerte, ein mögliches Dependance-Modell der Gesamtschule oder eine 2. Gesamtschule wurde intern in der Fraktion aber auch mit Vertretern der Gesamtschule diskutiert.
- Die desaströse finanzielle Situation der Stadt durch weitere Erhöhungen der Kreisumlage und deren Auswirkungen sind ständiger Beratungspunkt der Fraktion.

Aktuelle Themen der Fraktion der GRÜNEN in Schwerte

In ihren Beratungen im **September 2014** befasste sich die Fraktion der GRÜNEN in Schwerte neben dem "laufenden Geschäft" u.a. mit folgenden Themen:

- Unterbringung von Flüchtlingen in Schwerte - auf dem Hintergrund steigender Zuweisungszahlen für die Stadt und hinsichtlich der öffentlichen Diskussion um die Unterbringung im ehemaligen Kindergarten Villigst
- Besetzung des Chefsessels im KuWeBe und der Bewerbung von Tobias Bäcker im Zusammenhang mit der Zukunft der Kultur-Förderung
- Mobilitätskonzept für die Stadt Schwerte: hier wird für uns der Ausbau und die Förderung des Radverkehrs im Vordergrund stehen
- Erste Überlegungen zu Handlungsbedarfen beim Thema "Quartier trifft Demokratie" wurden andiskutiert

- Zusammen mit den anderen Parteien im Rat wurde dafür gesorgt, dass das Thema Massentierhaltung und Ausbau der Schweinemastbetriebe in Schwerte durch den Rat in öffentlichen Sitzungen begleitet und beraten wird. Intern wird in der Fraktion derzeit noch darüber beraten ob und ggf. in welcher Form die Bürgerinitiative durch juristischen Rat oder öffentlichkeitswirksame Aktionen unterstützt werden kann.
- Schulentwicklung in Schwerte: im Zusammenhang mit dem JA der Bezirksregierung Arnsberg zu Dependance-Modell der Gesamtschule werden unterschiedliche Modelle zum Ausbau der Gesamtschule diskutiert
- Schließung der Förderschule an der Ruhr: Fragestellungen des zukünftigen inklusiven Lernens in den Schwerter Schulen werden beraten
- Die desaströse finanzielle Situation der Stadt durch weitere Erhöhungen der Kreisumlage sind ständiger Beratungspunkt der Fraktion

Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschuss

Andrea Hosang

Barbara Stellmacher

Stellvertretung

Reinhard Streibel

Bruno Heinz-Fischer

Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen

Andrea Hosang

Max Reinert

Bruno Heinz-Fischer

Barbara Stellmacher

Rechnungsprüfungsausschuss

Max Reinert

Reinhard Streibel

Andrea Hosang

Barbara Stellmacher

Wahlausschuss

Max Reinert

Reinhard Streibel

Wahlprüfungsausschuss

Max Reinert

Reinhard Streibel

Andrea Hosang

Barbara Stellmacher

Ausschuss für Schule und Sport

Bruno Heinz-Fischer

Svenja Bremshey (sachkundige Bürgerin)

Barbara Stellmacher

Ina Krebs (sachkundige Bürgerin)

Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Umwelt

Bruno Heinz-Fischer

Vera Born (sachkundige Bürgerin)

Barbara Stellmacher

Andrea Hosang

Generationenausschuss (Inklusion, Demographie, Soziales)

Reinhard Streibel

Andrea Hosang

Thorsten Eisenmenger (sachkundiger Bürger)

Max Reinert

Ausschuss für Bürgeranregungen und Beschwerden

Max Reinert

Andrea Hosang

Reinhard Streibel

Barbara Stellmacher

Jugendhilfeausschuss

Andrea Hosang

Verena Kurth (sachkundige Bürgerin)

Reinhard Streibel

Städte- und Gemeindebund NRW

Andrea Hosang

Bruno Heinz-Fischer

Beirat der Verbraucherzentrale

Max Reinert

Verwaltungsrat Sparkasse

Andrea Hosang

Barbara Stellmacher

Kuratorium Sparkassenstiftung

Bruno Heinz-Fischer

TechnoPark und Wirtschaftsförderung GmbH

Reinhard Streibel

Andrea Hosang

Abwasserbetrieb Schwerte

Reinhard Streibel

Barbara Stellmacher

Kultur- und Weiterbildungsbetrieb (KuWeBe)

Dr. Gernot Folkers (sachkundiger Bürger)

Claudia Weigel

Max Reinert

Rupert Filthaus

Integrationsrat

Barbara Stellmacher

Reinhard Streibel

Stadtwerke Schwert GmbH (SWS)

Bruno Heinz-Fischer

Anträge und Anfragen 2014

Anfrage: Altlasten auf Spiel- und Bolzplatzfläche

Sehr geehrte Herr Böckelühr,
nach dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses am 9.9.2014 zur Vorlage IX/0033 (Spiel- und Bolzplatz Lindenweg) kam schriftlich per E-Mail von einer Bürgerin der Hinweis auf mögliche Altlasten auf der genannten Fläche.

Die Fraktion Die Grünen stellt zu dieser Beschlussvorlage deshalb folgende ergänzende Anfrage an die Fachverwaltung zur Ratssitzung am 17.9.2014:

Anfrage

Ist es richtig, dass sich auf der bezeichneten Spiel- und Bolzplatzfläche Altlasten welcher Zusammensetzung und Stofflichkeit auch immer befinden?

Falls diese Frage mit „Ja“ zu beantworten ist, bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Um welche Stoffarten handelt es sich bei diesen Altlasten?
2. Wann wurden die Altlasten dort aufgebracht oder deponiert?
3. Hat es in den darauf folgenden Jahren bis heute irgendeine Art von Versiegelung, Abkapselung, Teilsanierung oder Sanierung gegeben?
4. Wann wäre aus Sicht der Fachverwaltung eine erneute Sicherung der Altlasten nötig, um auszuschließen, dass Immissionen auftreten?

Begründung

Die von Bürgern aufgeworfene Frage nach möglichen Altlasten sollte geklärt werden vor der Beschlussfassung zu der Vorlage IX/0033 im Rat am 17.9.2014.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Dunja Schelter

Fraktionsgeschäftsführerin

Anfrage: Bericht der Verwaltung zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Sehr geehrte Herr Böckelühr,
der Generationenausschuss hat am 2.9.2014 einen einstimmigen Beschluss zur vorrangig dezentralisierten Unterbringung von Flüchtlingen gefasst. Die Belegung des alten Kindergartens Villigst II soll dabei im Rahmen des noch zu erarbeitenden Gesamtkonzeptes erfolgen.

Zu dem von der Verwaltung geplanten Umbau des alten Kindergartens Villigst II stellt die Fraktion Die Grünen folgende Anfrage an die Fachverwaltung zur Ratssitzung am 17.9.2014:

Anfrage

1. Für den Umbau Villigst II sind bereits 60.000€ von der Verwaltung vorgesehen. Welche Baumaßnahmen und Gewerke genau sind geplant?
2. Welche von diesen geplanten Gewerken sind bereits in Auftrag gegeben? Welche noch nicht?
3. Stimmt die weitverbreitete Annahme, dass Trennwände in nur halber Höhe für größere Räume geplant sind, die eine ausreichende Privatsphäre nicht gewährleisten können?
4. Stimmt die Annahme, dass nach derzeitiger Planung „Durchgangsräume“ entstehen könnten, die für die Bewohner ebenfalls keine ausreichende Privatsphäre sichern?

Mit freundlichen Grüßen
i. A. Dunja Schelter
Fraktionsgeschäftsführerin

Thema: Bauanträge zu Tierhaltungsanlagen - Goeken und Junge

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
die Fraktion Die Grünen bittet Sie, folgenden Antrag zur Abstimmung im Rat am 17.9.2014
entgegenzunehmen:

Antrag

Der Rat der Stadt Schwerte zieht das Themenfeld „Bauanträge zu Tierhaltungsanlagen, hier: Goeken und Junge“ an sich, um das laufende Geschäft der Verwaltung bei diesen Genehmigungsverfahren zu begleiten. Dazu ist der zuständige Fachausschuss des Rates kontinuierlich über den aktuellen Sachstand der fachlichen Prüfungsschritte zu informieren. Die politische Begleitung erfolgt über gesondert dafür ausgewiesene Tagesordnungspunkte in öffentlicher Sitzung.

Begründung

Derzeit liegen erstmals in Schwerte zwei Bauanträge zu Tierhaltungsanlagen (Schweine-mastanlagen) vor, die in ihrer Größe die Grenzwerte für Intensivtierhaltungsanlagen nur sehr knapp unterschreiten. Es sind Fragen nach dem Bau- und Planungsrecht (Landesbauordnung NRW, Bau GB) sowie immissionsschutzrechtliche Aspekte und gewässer-, landschafts- und naturschutzrechtliche Belange zu prüfen. Die Öffentlichkeit hat bereits im Vorfeld der Bauanträge starkes Informationsinteresse bekundet; die „Bürgerinitiative gegen Tierfabriken“ hat sich in einem Offenen Brief an die Politik gewandt und ein besonderes Augenmerk eingefordert bezüglich Immissionsschutz und Tierschutz. Um diesem öffentlichen Interesse Rechnung zu tragen, begleitet der Rat der Stadt Schwerte das laufende Geschäft der Verwaltung bei den Genehmigungsverfahren.

Mit freundlichen Grüßen
Andrea Hosang
Fraktionsvorsitzende

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN für die nächste erreichbare Sitzung des Hauptausschusses zur Ergänzung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Schwerte

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten erreichbaren Sitzung des Hauptausschusses zu setzen, darüber zu beraten und abstimmen zu lassen:

Beschlussvorschlag:

Der § 5 der oben genannten Satzung wird ergänzt um eine neue Ziffer (8) mit folgendem Wortlaut:

Parteien und Wählergemeinschaften, die sich bei einer Wahl oder Abstimmung von der Kommunal- bis zur Europaebene bewerben, dürfen ab sechs Wochen vor dem Wahltermin Wahlwerbung im Rahmen der sonstigen Bestimmungen dieser Ordnung aufstellen. Die Zahl der insgesamt aufzustellenden Plakate ist

begrenzt auf 1,2 Plakatstandorte pro 100 Einwohner. Die Verteilung der Standorte auf die Parteien erfolgt in Anlehnung an die Stimmenzahl, die die jeweilige Partei bei der letzten Wahl auf derselben Ebene erzielt hat. Parteien, die über 30 % der Stimmen erzielt haben, dürfen doppelt so viele, Parteien zwischen 20 und 30 % der Stimmen 1,5mal so viele Plakate aufstellen wie die restlichen Parteien mit unter 20 % der Stimmen. Finden mehrere Wahlen zum selben Zeitpunkt statt, bleibt die Anzahl der Standorte unverändert; als Verteilungsschlüssel wird die Stimmenzahl der letzten Wahl auf der jeweils niederen regionalen Ebene herangezogen (also z. B. beim Zusammenfallen von Bundestags- und Kommunalwahl die Ergebnisse der Kommunalwahl). Finden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen zugleich statt, wird die Zahl der Plakate parteigebundener Bürgermeisterkandidaten auf die Gesamtzahl der Parteiplakate angerechnet. Plakatstandorte von kommerziellen Anbietern (Wesselmänner, Promolights etc.) fallen nicht unter diese Regelung. Noch nicht im jeweiligen Parlament vertretene Parteien und Einzelpersonen erhalten 60 % der Standorte wie die Parteien unter 20 %.

Begründung:

Nach dem Scheitern einer freiwilligen Regelung der Parteien scheint eine ordnungsrechtliche Regelung zur Begrenzung des Plakatierens erforderlich. Die derzeitige Wahlkampagne führt durch die Vielzahl der aufgehängten Plakate zu einer Beeinträchtigung des Stadtbildes und fordert geradezu Vandalismus heraus.

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Heinz-Fischer

i.A. Dunja Schelter
Fraktionsgeschäftsführerin

Pressemitteilungen 2014

Presseerklärung zur Behauptung der CDU Schwerte, das Land gebe nur die Hälfte der Bundesmittel an die Kommunen weiter

Vor kurzem hat die Bundesregierung beschlossen, den Ländern 500 Mio im nächsten Jahr für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Nun behauptet Marco Kordt für die CDU-Fraktion Schwerte, das Land behalte diese Mittel zur Hälfte selbst, um den Haushalt zu sanieren. Diese Behauptung ist falsch.

1. Das Land NRW erhält 108 Mio vom Bund - davon allerdings nur die Hälfte als Zuschuss, die andere Hälfte als Kredit.
2. Das Land hat für 2015 die Mittel für Flüchtlinge um 145 Mio aufgestockt. Davon 37 Mio für die Erstaufnahmeunterkünfte, bleiben also genau 108 Mio für Flüchtlinge, Gelder, die den Kommunen zugute kommen.
3. Richtig ist, dass das Land nur den Zuschuss des Bundes, also 54 Mio, unmittelbar an die Kommunen weiterreicht. Die lediglich kreditierten 54 Mio verschwinden aber keineswegs im Haushalt, sondern werden für Flüchtlingsarbeit so eingesetzt, dass die Kommunen entlastet werden. Die nach dem Urteil des BVerfG erforderliche Erhöhung der Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wird mit 20 Mio aufgegangen. Weitere Gelder stehen bereit, um die schulische Versorgung und die KiTaVersorgung von Flüchtlingskindern zu verbessern. Außerdem hilft das Land den Kommunen in größerem Umfang bei den Krankheitskosten und bei der sozialarbeiterlichen Betreuung.

Alles in allem kann festgehalten werden: das Land hält sich exakt an die Spielregeln und entlastet die Kommunen um den vorgesehenen Betrag bei den Kosten für die Flüchtlinge.

Kurzfassung: Die Behauptung von Marco Kordt, das Land stecke die Hälfte der Bundesgelder für Flüchtlinge in die eigene Tasche, ist falsch. Von den 108 Mio, die NRW bekommt, ist nur die Hälfte Zuschuss. Dieser Betrag läuft unmittelbar durch zu den Kommunen. Die andere Hälfte gewährt der Bund nur als Kredit. Dieser Betrag wird in verschiedene Programme gesteckt (z. B. Erhöhung der Asylbewerberleistungen, KiTa Betreuung, schulische und sonstige Betreuung, Krankheitskosten), die ebenfalls den Kommunen zugute kommen.

Gernot Folkers, Geschäftsführer Grüne Schwerte, 19.12.2014

Land NRW sichert die Sozialarbeit an Schulen

2011 hatte der Bund das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) aufgelegt, dazu begleitend wurde die Sozialarbeit an Schulen finanziert. 2013 wurde das Programm eingestellt und ohne Ersatz beendet. Die Landesregierung hat nun beschlossen, den 53 kreisfreien Städten und Kreisen ein Angebot zur Weiterfinanzierung der Sozialarbeit an Schulen für die kommenden drei Jahre (2015 bis 2017) mit einem Gesamtvolumen von ca. 47 Millionen Euro pro Jahr zu unterbreiten.

Dazu erklärt Andrea Hosang, Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion:

„Die rot-grüne Koalition in NRW hat beschlossen, die Kommunen bei der Sozialarbeit an Schulen stärker zu unterstützen. Dafür werden deutlich mehr Mittel in die Hand genommen, als ursprünglich im Landeshaushalt 2015 eingeplant. Wie bei der Stadtentwicklungsförderung unterstützt das Land je nach Leistungsfähigkeit der Kommunen mit einem Anteil von 50 bis 80 Prozent. So können die Stellen in der Sozialarbeit an Schulen in den nächsten drei Jahren verlässlich gehalten werden.

Die Große Koalition im Bund hat sich bei der Weiterfinanzierung der Sozialarbeit an Schulen, die begleitend zum Bildungs- und Teilhabepaket finanziert worden war, aus der Verantwortung gestohlen. Damit drohte der Sozialarbeit an Schulen in vielen Kommunen das Aus. Wir sind froh, dass diese Arbeit jetzt nicht wegbricht. Das Land NRW wird sich noch einmal in besonderer Weise für die sozialen Belange der Kinder und Jugendlichen, für mehr Bildungsgerechtigkeit engagieren. Für den Kreis Unna bedeutet das konkret 1,8 Mio Euro, bei einem Landesanteil von 70%.

Ich freue mich, dass die Kommunalen Spitzenverbände das Programm nicht nur als faires Angebot begrüßt haben, sondern gemeinsam mit uns weiter auf den Bund Druck machen werden, damit er seiner Verantwortung gerecht wird.“

Schwerte, 05.12.2014

Mitteilung der Grünen zum Beschluss des Verwaltungsrats KuWeBe vom 27. 11. zur Vorstandsbesetzung

Der maßgeblich von den Grünen mitgestaltete Beschluss sieht vor, erst einmal eine Denkpause einzulegen, ehe man an eine mögliche Neubesetzung des Vorstands geht.

Warum ist eine solche Denkpause nötig?

Schon bei der Gründung des KuWeBe vor 15 Jahren war erkennbar, dass die Einrichtung zwar eine bessere Steuerung der Kulturarbeit ermöglichen würde als die alte Ämterstruktur, aber auf erhebliche finanzielle Probleme zulaufen würde. BM Böckelühr hat den Betrieb ja auch nicht aus Liebe zur Kultur gegründet, sondern um bestimmte Personalrochaden durchführen zu können.

Heute stellt es sich so dar, dass trotz engagierter und phantasievoller Arbeit der Mitarbeiter personelle Auszehrung, Überforderung, Ernüchterung an der einen oder anderen Stelle zu beobachten sind. Dazu kommt, dass die finanzielle Situation sich so verschlechtert hat, dass dringend gegengesteuert werden muss.

Mittlerweile muss die Frage erlaubt sein, ob die gegenwärtige Organisationsform als Anstalt öffentlichen Rechts wirklich die bestmögliche ist. Wir sind davon überzeugt, dass die Aufgaben der vier Abteilungen (Kulturbüro, Bücherei, VHS, Musikschule) wichtig sind und erhalten werden müssen und können. In welcher Organisationsform das am besten geschieht, muss aber in gründlichen Gesprächen mit den Mitarbeitern und mit externen Kennern der Kulturszene erörtert werden. Niemand wird den Stein der Weisen finden, aber wenn viele mitmachen und sich einbringen, werden wir Wege finden, wie wir in Schwerte weiterhin eine liebenswerte Kulturarbeit, eine lebendige VHS und Bücherei sowie eine gute Musikschule haben werden. Wir bitten alle Mitarbeiter im KuWeBe, den Gesprächsprozess mit Schwung und gutem Willen zu begleiten.

Wenn aber eine ausgiebige Reflexion der weiteren Arbeit nötig ist, wäre es fahrlässig, vorher schon die Vorstandsstelle zu besetzen. Ist dieses Amt erst einmal besetzt, wird der Amtsinhaber alles dafür tun, den Kern der Strukturen, von denen sein Amt abhängt, zu erhalten. Im Übrigen muss ein Bewerber auch wissen, auf was er sich einlässt. Das aber können wir erst, wenn die Reflexion zu einem vorläufigen Ende gekommen ist.

Der Verwaltungsrat hat beschlossen, dass eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Fraktionen und externem Sachverstand bis Ende März 2015 Ergebnisse vorlegen soll. Ein ehrgeiziges Ziel, aber machbar.

Gernot Folkers, 27.11.2014

Meilenstein für Flüchtlinge in Schwerte

„Menschen leben in Wohnungen – und Flüchtlinge sind Menschen...“

Als einen Durchbruch werten die GRÜNEN den einstimmigen Beschluss des Generationenausschusses, zugewiesene Flüchtlinge in Schwerte in von der Stadt angemieteten Wohnungen unterzubringen. „Das ist ein nicht zu unterschätzender Schritt, der Flüchtlingen schon während ihres Asylverfahrens signalisiert, in der Stadt willkommen zu sein“, betont Fraktionssprecherin Andrea Hosang.

Nach einem parteiübergreifenden Beschluss heute wird es neue Sammelunterkünfte nicht geben und die Übergangszeit dort so kurz wie möglich gestaltet. Die bestehenden Sammelunterkünfte „Zum großen Feld“, „Regenbogenstraße“ und „Schröders Gasse“ werden festgeschrieben und die Flüchtlinge werden von dort so schnell wie möglich in Wohnungen umziehen. „Die Unterbringung in Wohnungen wird die Integration fördern und ein schnelleres Miteinander möglich machen“, ergänzt Reinhard Streibel, grünes Ratsmitglied.

Die GRÜNEN begrüßen das Engagement des Arbeitskreises Asyl ausdrücklich. Deshalb ist es erfreulich, dass der Beschluss besonders die Arbeit des AK Asyl würdigt und eine zusätzliche Begleitperson sicherstellt. Durch den parteiübergreifenden, einstimmigen Beschluss geht die Flüchtlingsbetreuung in Schwerte einen großen Schritt in die richtige Richtung.

Schwerte, 5.11.2014

Schließung der Förderschule an der Ruhr voreilig

Wie berichtet und auch von anderen bereits kommentiert, wird die Förderschule an der Ruhr 2016 schließen müssen. Reinhard Streibel (Die GRÜNEN) hält diese Schließung „für voreilig“ wie er in seiner Stellungnahme

schreibt:

Die sinkenden Schülerzahlen an der Förderschule an der Ruhr sind das eine; andere Argumente gegen eine Schließung wurden bereits von der FDP und CDU vorgebracht. Fakt ist aber darüber hinaus, dass hier Inklusion mit der Brechstange umgesetzt werden soll. Wie bei der Veranstaltung des Stadtelternrats vor wenigen Wochen zum Thema Inklusion zu hören war, fühlen sich die Schwerter Schulen wie auch Lehrer und Eltern ziemlich allein und im Stich gelassen, derzeit Inklusion an ihren Schulen und in ihren Klassen umzusetzen. Bis auf ein paar positiver gestimmte Eltern klagte der größte Teil der Anwesenden nicht gegen Inklusion aber gegen die Form der Umsetzung in Schwerte (und gleiches gilt in ähnlicher Weise über Schwerte hinaus): zu wenig Räume, zu wenig Personal für angemessenes inklusives Lernen in Lernlandschaften und mit differenzierten, individuellen Angeboten! Zusätzliche Förderlehrer sind teilweise nur wenige Stunden in der Woche in den Klassen anwesend! IntegrationshelferInnen gibt es nicht für alle Schüler mit Förderbedarf und nicht in ausreichendem Umfang. Zu wenig Fortbildungsangebote für Lehrer wurden ebenso beklagt wie fehlendes angepasstes Unterrichtsmaterial...

Die GRÜNEN wenden sich keinesfalls gegen Inklusion! Als gesellschaftliche Vision ist Inklusion richtig und ohne Alternative. Aber Inklusion ist nicht „für kleines Geld“ zu haben, Inklusion kann nicht mit der Brechstange eingeführt und allein an Schülerzahlen festgemacht werden. Inklusion muss sich an den individuellen Bedarfen der Kinder mit Förderbedarf orientieren und einhergehen mit akzeptierenden Prozessen und Entwicklungen in der Gesellschaft, damit Teilhabe nicht nur auf dem Papier sondern „in echt“ umgesetzt wird. Deshalb halten wir die Schließung der Förderschule an der Ruhr für voreilig und vielleicht auch kurzichtig. Aber was dann? Zu überdenken wäre z.B. Eine längere Übergangsphase für die Förderschule bis zum Schuljahr 2018/19, um in diesem Zeitraum die Fortschritte bei der Umsetzung von Inklusion zu beobachten und zu bewerten.

Insofern werden die GRÜNEN in Schwerte auch in die eigene Richtung der Landespartei mahnende Worte und Appelle richten.

Schwerte, 30.09.2014

Andrea Hosang

Grüne: Kein Vorhang fällt – die Arbeit von TAF und Studio 7 wird weitergehen

Die Theaterarbeit von TAF und Studio 7 ist ein wichtiger Bestandteil der Schwerter Kulturszene. Keiner hat das je bezweifelt. Und sie werden ein neues Domizil bekommen.

Die Grünen plädieren dafür, die hitzige Diskussion um das einvernehmlich getragene neue Konzept zur Flüchtlingsunterbringung zu versachlichen.

Es geht nicht um ein Gegeneinander von Kulturarbeit und Flüchtlings-unterbringung, sondern weiterhin um ein „Sowohl-Als-Auch“. TAF und Studio 7 werden nicht obdachlos – denn es stehen zwei Angebote für neue Proberäume.

Hinter den Kulissen wurde alles dafür getan, dass den Theatergruppen für ihre Probearbeit zwei neue „Dächer“ zur Auswahl stehen: Die Räume direkt über der TAF-Theaterhalle oder im Rathaus II. Diese beiden Angebote wurden in öffentlicher Sitzung am 2.9. von der Verwaltung ausgesprochen und stehen damit.

Der parteiübergreifende Beschluss des Generationenausschusses ist allein dem Umstand geschuldet, dass selbstverständlich die Unterbringung von Menschen sichergestellt werden muss, die in Notlagen und oft auch traumatisiert zu uns kommen.

„Wir verstehen die Aufregung nicht“, so Fraktionssprecherin Andrea Hosang. „TAF und Studio7 können jetzt sogar in die Räume direkt über der eigenen TAF-Theaterhalle umsiedeln. Die Kulturarbeit muss, kann und soll nahtlos weitergehen. Unser Dank geht dabei an die interkulturelle Mutter-Kind-Gruppe und die Frauengruppen, die sofort bereit waren, dafür etwas zusammen zu rücken.“

Schwerte, 04.09.2014

Andrea Hosang

Grüne zur Massentierhaltung: Umgehungstatbestand prüfen

Zur Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Umwelt melden sich die Grünen zu Wort. In öffentlicher Sitzung wird erstmals in dieser Woche die Verwaltung berichten über den Stand der Genehmigungsverfahren zu den beantragten Massentierhaltungsanlagen in Schwerte.

„Wir Grünen werden sehr genau hinhören“, so Bruno Heinz-Fischer, Fraktionssprecher der Grünen, „und die Verwaltung konstruktiv begleiten. Gerade die Anfangsphase kann wichtig werden.“

Die Grünen sehen nämlich in dem Bürenbrucher Bauantrag einen „Umgehungstatbestand“. Gemeint ist mit diesem Rechtsbegriff folgender Sachverhalt: Es gibt einen bestehenden Betrieb, der einen aktuellen Bestand von ca. 1500 Schweinen ausweist. Auf derselben Hofstelle wird jetzt mit dem Bauantrag ein neuer zweiter Betrieb angemeldet, der mit 1496 Mastplätzen wieder ganz knapp unter dem Schwellenwert von 1500 Tieren liegt, der mit dem Bundesimmissionsschutzgesetz und den Bundesbaugesetz eine Umweltverträglichkeitsprüfung und eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach sich ziehen würde. Die Anmeldung von zwei separaten Mastbetrieben auf ein und derselben Hofanlage sorgt so für eine Umgehung der Gesetzesauflagen. Die tatsächlichen Belastungen für die Umwelt würden das Bundesimmissionsschutzgesetz längst auf den Plan rufen.

„Wir hätten dann faktisch auf demselben Hof ca. 3000 Tiere, die längst unter das Bundesimmissionsschutzgesetz fallen würden, wären sie nicht auf dem Papier auf zwei Betriebe eines Ehepaares aufgeteilt“, meint Andrea Hosang. „Wir sehen hier einen „Umgehungstatbestand“ – wie Juristen es nennen - hinsichtlich der Auflagen des Bundesimmissionsschutzgesetzes. Wir werden das nötigenfalls juristisch prüfen lassen.“

Schwerte, 3.9.2014

Andrea Hosang

Grüne zur Massentierhaltung: Rat soll Bauanträge begleiten

Die Grünen reichten heute beim Bürgermeister den angekündigten Antrag ein, dass der Rat die Begleitung der Bauanträge zu Massentierhaltungsanlagen an sich ziehen möge.

„Zwar unterschreiten die Bauanträge an die Stadt die Grenzwerte zu Intensivtierhaltungsanlagen ganz knapp, aber für uns Grüne steht eine solche Anlagenerweiterung der Stadtentwicklung Schwertes entgegen“, so Andrea Hosang, Sprecherin der Grünen Ratsfraktion. „Deshalb möchten wir, dass der Rat diese komplexen baurechtlichen Genehmigungsverfahren der Verwaltung kontinuierlich begleitet und über alle Schritte des Verfahrens öffentlich informiert wird.“

Vorrangig stellen sich die Fragen nach dem Bau- und Planungsrecht, aber auch immissionsschutzrechtliche Fragen sind zu beantworten – also die Auswirkungen der Einträge auf Böden, Luft und Gewässer sind zu bewerten. Die „Bürgerinitiative gegen Tierfabriken“ hat viele Aspekte zu Tierschutz, Gülleausbringung und multiresistenten Keimen aufgeworfen und in einem Offenen Brief an die Politik eine Ablehnung der Anlagen eingefordert.

Jetzt hat sich auch die AGON zu Wort gemeldet: Sie benennt die Beeinträchtigungen für Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete und besonders geschützte Landschaftsbestandteile sowie die

Beeinträchtigung des Wasserschutzgebietes. „Streben wir etwa in Schwerte ähnliche Verhältnisse wie im Münsterland und in Niedersachsen an?“, fragt die AGON die Politik und trifft nach Einschätzung der GRÜNEN damit den Nagel direkt auf den Kopf.

„Wir GRÜNEN beantworten diese Frage mit einem eindeutigen „Nein“. Wir GRÜNEN wollen die Lebensqualität in Schwerte als einer Kleinstadt in den Ruhrauen und im Wasserschutzgebiet gesichert wissen. Dies ist das eigentliche Pfund von Schwerte. Der Rat muss sich mit den Genehmigungsverfahren befassen“, betont Andrea Hosang.

15.08.2014

Grüne zum Ausbau des Gebäudes Kiga Villigst II für Flüchtlinge

Unbestritten sind TAF, Studio 7 und Louisa wichtige Faktoren des kulturellen und ehrenamtlichen Engagements in Schwerte. Die Verdienste sind beachtlich. Nicht umsonst hat TAF schon den alternativen Ehrenamtspreis erhalten. Umso schlimmer ist es, dass jetzt eine öffentliche Diskussion entstanden ist, die scheinbar Kulturschaffende/Ehrenamtler und Flüchtlinge gegeneinander antreten lässt. „Das ist mehr als misslich, wenn auch nicht gewollt“, so Andrea Hosang, Sprecherin der grünen Fraktion. „TAF und die anderen Gruppen brauchen Räumlichkeiten genau so wie die Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf, wenn sie zu uns kommen.“

Das Rathaus II hält für TAF, Studio 7 und Louisa genug alternative Räumlichkeiten vor. „Die Stadt hat die Nutzung zugesagt. Und ein Umbau für Flüchtlinge wäre dort zu kostenträchtig. Möglicherweise halten die neuen Örtlichkeiten Synergieeffekte, neue Initiativen und Projekte bereit; möglicherweise kommt etwas in Gang, das jetzt noch nicht sichtbar ist“, so hoffen die Grünen. Kritikwürdig bei dieser unumgänglichen Raumumverteilung ist nicht die Kündigung an sich, sondern, dass sie sich an die vertraglich vereinbarten kurzen Fristen klammert, statt Umzugsnotwendigkeiten ganz frühzeitig mit den Beteiligten anzugehen. „Es ist anzunehmen, dass eine frühzeitige Kommunikation der Notwendigkeiten eine einvernehmliche Lösung ermöglicht hätte.“

Fakt ist, dass Schwerte verpflichtet ist, Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. Und die werden in Kürze kommen aus dem kurdischen Irak, aus Palästina, aus Syrien – die Unterkünfte müssen dann bereitstehen, das Land NRW weist zu. „Eine Unterbringung in dem städtischen Gebäude in Villigst ist sicherlich nicht optimal, aber erst einmal eine Lösung“, so die Grünen. „Dass die Stadt eigene Gebäude nutzt bevor sie private Wohnungen vor Anmietung grundrenoviert, ist verständlich und eine Kostenfrage.“ Grundsätzlich stehen die Grünen allerdings einer Flüchtlingsunterbringung in Wohnungen positiv gegenüber, um die Sammelunterkünfte zu entzerren. „Das muss aber gut vorbereitet werden“, so die Grünen.

Grüne zur beantragten Massentierhaltung: Rat soll Entscheidung an sich ziehen

Die Grünen unterstützen die Bürgerinitiative gegen die beantragte Massentierhaltungsanlage auf dem Bürenbruch und begrüßen den Offenen Brief an den Bürgermeister und die Ratsfraktionen, der schon zu Beginn der Sommerferien eingegangen ist.

„Wie wir sehen, wurde bereits der Bauantrag jetzt an die Stadt Schwerte gestellt. Er ist zahlenmäßig leicht abgespeckt und liegt 4 Schweine unter der Grenze, die den Kreis als Genehmigungsbehörde auf den Plan gerufen hätte“, so Andrea Hosang, Fraktionssprecherin der Grünen. „Wir wollen keine Massentierhaltungsanlagen in Schwerte, die einen intensiven Einsatz von Antibiotika erfordern und damit multiresistente Keime in Abluft und Gülle als Folge unausweichlich machen.“

Die Grünen hatten bereits im Mai die Pläne zu einer solchen Anlage öffentlich gemacht.

Die Grünen sehen die Möglichkeit, dass der Rat die Entscheidung über die Genehmigung an sich zieht und

hoffen auf offene Gespräche zwischen allen Fraktionen. Nach der Sommerpause wird es Gespräche geben. „Es ist ja geradezu rührend, wie man versucht das Problem zu verniedlichen. Punching-Bällchen und Sonnenblumenschälchen mit Belohnungsmaiskörnchen für Schweine, die nie die Sonne sehen und ohne Antibiotikazugaben krank werden. Leider verhindern Sonnenblumenschälchen keinen Antibiotikaeinsatz und nicht die Entstehung von multiresistenten Keimen. Wir werden versuchen, die Entscheidung über die Baugenehmigung in den Rat zu ziehen“, so die Grünen.

GRÜNE: Lebensqualität in Schwerte sichern

„Wir müssen alles dafür tun, das soziale und gesunde Lebensumfeld für die Menschen in Zeiten der Finanznot zu sichern“, so einmütig die Grünen nach ihrer Fraktionsklausur diese Woche.

Auf der Agenda stand die ganzheitliche Analyse zur Lage der Stadt vor dem Hintergrund der leeren öffentlichen Kassen. Es wurde gemeinsam ein Handlungsprogramm entwickelt, das die Schwerpunkte der grünen Ratsarbeit in den nächsten Jahren ausweist.

„Wir möchten, dass diese Stadt lebenswert bleibt und der Haushaltssanierungsplan erfolgreich fortgeschrieben wird“, so Andrea Hosang. „Deshalb ist uns wichtig, im Rat gute Fachdiskussionen zu führen und sachorientiert und kooperativ die anstehenden Themenfelder zu bearbeiten. Wir müssen die sozialen Netzwerke stärken und die Wohnqualität sichern – uns auf die Stärken einer lebendigen Kleinstadt konzentrieren. Die grüne Fraktion ist gut aufgestellt.“

Die GRÜNEN bearbeiteten auf ihrer Klausur inhaltlich einige Eckpunkte ihres Handlungsrahmens:

Der Ruhraenschutz ist für gesunde Lebensbedingungen und die Wohnqualität in Schwerte unabdingbar; eine Massentierhaltung deshalb nicht erwünscht, so die Grünen nach ihrer Klausur.

Parallel zu Maßnahmen der Energiewende sollen Grünzüge aus den Ruhrauen in die Stadt hineinwachsen und das Innenstadtklima und die Aufenthaltsqualität verbessern.

„Die Nahmobilität erhält in Zukunft einen hohen Stellenwert“, so Bruno Heinz-Fischer. „Der Vorrang für Fußgänger in der Innenstadt ist angestrebt. Der Umbau der B236 muss innenstadtverträglich erfolgen.“ Zur Sicherung des sozialen Netzes müssen braucht die Stadt lebendige Quartiere, um diese als soziale Ressource zu nutzen. Es sollte mehr Raum für Jugendliche entstehen, bis hin zu mehr Beteiligung an politischen Jugendfragen. Ein neues integratives Schulangebot für die Sekundarstufe I wird in Schwerte erforderlich sein.

„Die grüne Fraktion hat klare Vorstellungen“, so Andrea Hosang. „Wir freuen uns auf interessante Diskussionen und kreative Problemlösungen mit den anderen Fraktionen im Rat. Denn ohne Kreativität geht in Zeiten leerer Kassen gar nichts.“

Bruno Heinz-Fischer, Andrea Hosang

Stellungnahme zu GWG plant erste Brennstoffzelle für die Heizung RN 27.5.2014

Applaus für die Klimainitiative der GWG

Die GWG fährt einen Jahresüberschuss ein, schüttet Dividende aus und weist eine erhebliche Eigenkapitalquote auf. Das lässt auf ein betriebswirtschaftlich wirklich gesundes Unternehmen schließen. Herzlichen Glückwunsch kann man da nur sagen. Doch damit nicht genug: Eine Initiative wird die GWG starten für Energie-Einsparungen und Klimaschutz, in dem in den nächsten Jahren Alt-Heizungen

passgenau durch Luft-Wärme-Pumpen und Brennstoffzellen ersetzt werden. „Wir GRÜNE begrüßen das ausdrücklich“, so Andrea Hosang, „so sieht heute vorbildlicher Wohnungsbau und vor allem Wohnungsinstandhaltung aus. Die GWG übernimmt damit eine Vorreiterrolle in Schwerte in Sachen Klimaschutz und zukunftsweisenden Heizsystemen.“ Die neue GRÜNE Fraktion wird nach ihrer Konstituierung die GWG in den nächsten Wochen einladen und sich die Projekte vorstellen lassen. „Ich habe Herrn Tekhaus bereits auf meinem Zettel. Wir sind interessiert an einem Austausch und begrüßen, dass die GWG diese Wege beschreitet.“ Die Investition in Brennstoffzelle und Luft-Wärme-Pumpen zeichnet die GWG deshalb aus, weil hier innovative Wärmesysteme im Bereich des Mietwohnungsbaues greifen. Das ist nicht selbstverständlich.

B 236 Ortsdurchfahrt Schwerte: Straßen sind nicht nur für Autos da!

Vor einigen Wochen stellte der Landesbetrieb Straßen NRW seine vorläufigen Planungen für die B 236 in der Ortsdurchfahrt Schwerte vor.

Erklärtes Ziel: den Verkehrsfluss auf dieser wichtigen Straße dauerhaft zu verbessern.

Bei den vielfältigen Ansprüchen an diese Straße – innerstädtische Hauptstraße als Zugang zur Innenstadt und als Zubringer zur Autobahn, aber auch überörtliche Verbindung, u.a. als Ausweichstrecke zu den Autobahnen A45 und A1 – keine leichte Aufgabe für die Straßenplaner.

Aus Sicht von Bündnis90/Grüne greift die vorgelegte Planung allerdings erheblich zu kurz, denn sie versucht eine Optimierung ausschließlich aus der Perspektive der Autofahrer. Alle anderen Verkehrsteilnehmer kommen in den Überlegungen, wenn überhaupt, nur am Rande vor. Sie müssen sich mit dem zufrieden geben, was nach Anlegung von Abbiegespuren, einer zweiten Fahrspur stadtauswärts bis zum Autobahnanschluss für sie noch übrig bleibt. Dabei sind sie es doch gerade, die für ihre Mobilität am wenigsten öffentliche Güter wie Fläche, Luft und Schadstoffe, Lärm, Emissionen und Treibstoff beanspruchen und verbrauchen. Der Mensch an sich (z.B. auf dem Fahrrad) verlängert eben nicht den Stau auf der Hördorfer Straße, er macht keinen Lärm, und auch bei Schadstoffen hält er sich zurück.

Und diese Verkehrsteilnehmer sollen noch mehr an den Rand gedrängt werden, fast unsichtbar werden, bloß nicht stören?

Machen wir uns nichts vor: Ein mehrspuriger Ausbau der B 236 im Innenstadtbereich wird die Verkehrsprobleme nicht lösen. Auch wenn der Autoverkehr etwas schneller fließt – die ausgebaute Straße wird die Stadt stärker trennen als bisher und die Querungen erschweren.

Sicherlich sind manche der vorgestellten Maßnahmen sinnvoll, um den Verkehrsfluss auch für die Autofahrer zu verbessern. Sie würden wahrscheinlich auch vorübergehend ihre Wirkung erzielen. Genauso wahrscheinlich wird aber auch der Slogan „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten“ zuschlagen, denn besserer Verkehrsfluss für Autofahrer lockt auch mehr Autofahrer auf die Straße. Also doch wieder Stau, und garantiert mehr Lärm und Schadstoffe. Verkürzt gesagt: viel Geld ausgegeben für wenig langfristige Wirkung.

Die Grünen fordern daher eine Abkehr von der totalen Orientierung auf die motorisierten Verkehrsteilnehmer. Nur wenn die Verhältnisse für Fußgänger und Fahrradfahrer erheblich verbessert werden, können die Maßnahmen rund um die B 236 langfristig positiv wirken.

Als „Waldmeister“ unterwegs im Elsebachtal



Am Sonntag, 18.05.2014 starteten die Grünen zu einem Waldspaziergang in das Waldgebiet des oberen Elsebachtals in Ergste. Durch die fachkundliche Führung von Herrn Wolfgang Pitzer der AGON Schwerte erfuhren die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissenswerte und interessante Details über Flora und Fauna des Gebietes.

Besonders die Unterscheidung der Vogelstimmen und die Zuordnung der entsprechenden Vogelarten sowie die Erläuterung seltener Wildblumen wurden von Herrn Pitzer lebhaft mit Geschichten aus seinen vergangenen Beobachtungen als Ornithologe und Naturschützer verbunden.

So gestaltete sich die Wanderung für alle Beteiligten zu einem informativen und erlebnisreichen Sonntagsvormittagsspaziergang.

„Wir machen Schwerte bunt“ - Grüne bepflanzen Brache

An die Begrünung der Stadt machen sich die Schwerter Grünen mit einer tatkräftigen Aktion am Samstag, 10.5.2014.

Ab 14 Uhr werden sie zwei bisher brach liegende Beete direkt auf dem Bahnhofsvorplatz bepflanzen und damit den Eingang zur Stadt verschönern und aufwerten.

„Mehr Grün in die Stadt, das ist das Motto. Das ist nicht nur optisch schöner, sondern steigert das Wohlbefinden und verbessert das Kleinklima in der Stadt“, so Barbara Stellmacher, die die Aktion mitorganisiert hat.

Im Vorfeld wurden die Fußgängerströme auf dem Bahnhofsvorplatz analysiert und festgehalten.

„Trampelpfade sind Planungsfehler – passieren zwangsläufig, sind aber revidierbar“, meint Andrea Hosang. „Deshalb werden wir die vorgesehene Struktur eines Beetes so verändern, dass es diesen Laufpfaden angepasst wird. Wir hoffen, es funktioniert. Dann könnten die Fußgänger weiter queren und die Pflanzen trotzdem blühen und gedeihen.“

Auch das Gartencenter Pötschke und der Bauhof sind mit im Boot: Das Gartencenter Pötschke als Hauptsponsor der Pflanzen, der städtische Bauhof hat die Bewässerung zugesagt. „Darüber freuen wir uns. An beide geht unser Dank!“, so Andrea Hosang. „Schließlich steht unsere Pflanzaktion symbolisch für das vielfältige und bunte Miteinander des Bürgerengagements in dieser Stadt. Gemeinsam packen wir's an und dann geht es gut weiter.“

Die Pressevertreter sind herzlich eingeladen am Samstag, 10.5.2014, ab 15 Uhr (vorher wird noch nicht viel zu sehen sein), den Pflanzort am Bahnhofsvorplatz in Augenschein zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Andrea Hosang

Und ewig stinken die Felder...

GRÜNE: Massentierhaltung erreicht jetzt Schwerte

Ausgerechnet in einem der idyllischsten Naherholungsgebiete in Schwerte wird die erste Massentierhaltungsanlage im Südkreis Unna geplant.

„Das muss die Untere Landschaftsbehörde auf den Plan rufen. Zu den bereits vorhandenen 2000 Schweinen und Ferkeln sollen noch einmal 1800 Schweine für die Mast hinzukommen“, so Friedrich Ostendorff, MdB der GRÜNEN. „Da kommt man um eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht herum.“

Wie aus verlässlichen Quellen berichtet wird, gibt es konkrete Planungen, eine auf dem Bürenbruch bestehende Mastanlage in der Größe zu verdoppeln. Der Kreis als Genehmigungsbehörde hat bereits einen

Termin anberaumt. Die Welle der industriellen Großmastanlagen ist in den letzten Jahren aus dem Ems- und Münsterland bis hinunter nach Unna und Fröndenberg geschwappt; Schwerte war bisher außen vor. „Schwerte ist immer noch von der bäuerlichen Landwirtschaft geprägt. Wir haben tatsächlich gehofft, Schwerte würde von der industriellen Mast verschont. Aber damit hat die Massentierhaltung endgültig auch Schwerte erreicht“, meint Andrea Hosang, Kreistagsmitglied und Spitzenkandidatin der GRÜNEN in Schwerte.

Massentierhaltungsanlagen stehen massiv in der Kritik. Nicht nur Tierschützer mahnen immer wieder eine artgerechte Tierhaltung an, weil in diesen Anlagen einem 100kg-Schwein nur 0,9 qm Raum zum Leben unter künstlichem Licht gewährt werden. Auch die Umweltschützer laufen Sturm gegen eine massive Beeinträchtigung von Boden, Grundwasser und Pflanzenwelt. Der deutsche Landwirtschaftsverband rechnet mit einem Gülleaufkommen von 1,5 m³ pro Mastplatz pro Jahr. Dies macht bei einer Anzahl von fast 4000 Schweinen eine Güllemenge von 500.000 Litern pro Monat. Die massenhaft anfallende Gülle wird auf Felder der Umgebung gebracht. Das stinkt nicht nur erbärmlich, sondern lässt artenreiche Wiesen verschwinden und auf den Feldern Maiswüsten entstehen. Die natürliche Pflanzen- und Bachwelt der Umgebung nimmt Schaden und wird verändert.

„Brisant wird das Ganze auch vor dem Hintergrund, dass sich unweit nördlich das Naturschutzgebiet Elsebachtal befindet. Wir sehen dieses durch die zufließenden Bachläufe erheblich gefährdet. Die Qualität des Naherholungsgebietes Bürenbruch wird leiden“, so Andrea Hosang.

Die GRÜNEN in Schwerte und im Kreis werden die weiteren Planungen und das Genehmigungsverfahren kritisch verfolgen – auch wegen der multiresistenten Keime, die in der Abluft nicht ausbleiben.

Maximilian Reinert, Ortsverbandssprecher der Schwerter Grünen: „All diese Gründe lassen uns bei dem Gedanken an eine Schweinemastanlage in Schwerte keine Ruhe. Mit uns wird es so eine Schweinerei nicht geben und wir hoffen, dass wir die Bürger und Bürgerinnen auf unserer Seite haben.“

Ehrenamtliche sind keine 400-Meter-Läufer...

Ehrenamt gehört nicht in den Wahlkampf

Ein sofortiges Moratorium bringen die Grünen ins Gespräch für die öffentlich geführte Diskussion um die Auszeichnung von Ehrenamtlichen. „Unsere Stadt ist überregional bekannt für ihr erhebliches bürgerschaftliches Engagement – ob z.B. Schichte, Bürgerbad im Elsetal, zwei Beginenhöfe, Bürgerstiftung Rohrmeisterei und die vielen, vielen anderen. Man beneidet uns dafür in ganz NRW und es ist unser Kapital für eine lebendige, soziale Stadt“, so Andrea Hosang, Spitzenkandidatin der Grünen. „Da verbietet sich jede Diskussion über Auszeichnungen. Jeder und jede Ehrenamtliche ist Gold wert. Und ihre wertschätzende Auszeichnung lebt von der Einmütigkeit des Stadtrates.“ Wenn die SPD jetzt diese Einmütigkeit aufkündige, sei das schlimm genug und entbehre jeder Grundlage. Barbara Stellmacher, grüne Ratsfrau: „Ich möchte der SPD sagen: Ehrenamtliche sind keine Vierhundertmeter-Läufer. Sie laufen nicht, um sich zu messen oder sich messen zu lassen, das haben sie nicht nötig. Deshalb kann nicht Einer / Eine gewinnen, schon gar nicht nach Bewertung durch einen Kriterienkatalog.“ Deshalb mahnen die Grünen in Schwerte ein sofortiges Ende der öffentlichen Debatte an – das Thema sollte mindestens für dieses Jahr ruhen. „Jeder Ehrenamtliche ist ein Schatz für Schwerte. Alle bringen sich mit ihrer Kompetenz freiwillig ein, um Wissen und Erfahrung weiterzugeben und zu helfen. Wir finden das wunderbar“, so die Grünen.

20.03.2014

Stellungnahme der Schwerter Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Leserbriefen von Herrn Gernot Folkers und Herrn Wolfgang Schilken

Die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich ausdrücklich der im Leserbrief von Herrn Gernot

Folkers geäußerten Meinung an, dass das Freischütz - Gelände ohne Not und weit unter Wert veräußert wurde.

Die von Herrn Schilken aufgeführten Berechnungen sind unserer Meinung nach unredlich und entsprechen nicht den Tatsachen.

Bei dem Gelände am Freischütz handelt es sich keinesfalls um ein gewöhnliches Gewerbegrundstück in der Randlage eines Industriegebiets, sondern um ein ‚Filet-Stück‘ der Schwerter Landschaft, das auch angesichts der momentanen Haushaltslage, zum allgemein üblichen Marktwert verkauft werden sollte.

Zudem ist kein Grundstückseigentümer – in diesem Fall die Stadt Schwerte – verpflichtet ein Grundstück zu verkaufen, wenn ein Investor plant es zu bebauen, da die Möglichkeit einer Bebauung auch mit der Erbpacht - Option besteht.

i.A. Stefanie Welsch
Fraktionsgeschäftsführerin

Lob für Verbesserungen im Asylkompromiss – Mitnichten!

von Reinhard Streibel

Das Thema Asyl und Flüchtlinge bewegt weiter. In Schwerte, in NRW, bundesweit. Und es wird – wen wundert's – sehr Streitig diskutiert und bewertet. Auch in Reihen der Grünen – und das darf auch ruhig so sein!

Mir liegt hier und heute nur daran, ein paar anders lautende Stimmen von ausgewiesenen Experten zu zitieren und ein paar weitere Fakten zu nennen:

Claudius Voigt, ein anerkannter und ausgewiesener Kenner der Flüchtlingspolitik von der GGUA Flüchtlingshilfe e.V. in Münster vergleicht die „substantiellen“ Verbesserungen, die angeblich in dem von Kretschmann im Bundesrat am 19.9.2014 unterstützen Asylkompromiss mit „Marshmallows“: eine löchrige, klebrige, süßliche Masse, die im Wesentlichen aus Luft besteht.

[\[mehr\]](#)

Zur Debatte zum Asylrecht

von Gernot Folkers

Prinzipien in der Politik zu haben ist gut. Und es ist unzweifelhaft ein richtiges Prinzip, das Asylrecht als individuelles Recht zu betrachten, das nicht ausgehebelt werden darf, indem Herkunftsländer zu sicheren Staaten erklärt werden. Mit Recht haben die Grünen die entsprechende Grundgesetzänderung 1993 abgelehnt.

Freilich: wer immer nur seine Prinzipien vor Augen hat, läuft Gefahr, die komplizierte Wirklichkeit zu übersehen. Jeder weiß, welche Probleme das eigentlich so richtige Prinzip des Pazifismus derzeit macht, wenn man die unübersichtliche Realität ernst nimmt. Und so geht es zur Zeit auch mit dem Asylrecht.

Zu den 30 längst vom Gesetzgeber als „sicher“ deklarierten Herkunftsländern sollen drei dazukommen – so will es die große Koalition und hat es mit machtvoller Mehrheit im Bundestag beschlossen. Deren Motive dafür sind schäbig. Und weil im Bundesrat die Zustimmung eines rot-grün regierten Landes erforderlich ist, hat man sich ein ebenso schäbiges Zusatzangebot zurechtgelegt: drei klassische Schikanen im Asylrecht, die sich die Parteien der GroKo in der Vergangenheit ausgedacht haben, sollen fallen: das Arbeitsverbot für Asylbewerber, die Residenzpflicht sowie die Verpflichtung zu „Sachleistungen“ statt Geldleistungen für sie. Sie sollen natürlich nur dann fallen, wenn die Grünen im Bundesrat zustimmen. Klar ist das Angebot schäbig: man gibt zu, dass diese Schikanen keineswegs erforderlich sind, will sie aber dennoch nicht aufheben – nur

dann, wenn die Grünen den neuen drei sicheren Herkunftsländern über die Hürde helfen.

Soweit so traurig; traurig für die Moral von CDU und SPD. Aber was soll man da als Grüner tun? Sich über diese Moral ereifern, an seinen Prinzipien festhalten und also die Rechtsänderung ablehnen? Klar, das kann man tun.

Freilich, wer genau hinsieht, kommt ins Grübeln. Asylbewerber aus den drei neuen „sicheren“ Herkunftsländern werden ohnehin nahezu alle abgelehnt, das neue Recht ist da mehr symbolisch als faktisch verändernd. Umgekehrt weiß jeder, der mit Asylbewerbern zu tun hat, dass Arbeitsverbot, Residenzpflicht und Sachleistungen an der Menschenwürde der Bewerber nagen wie wenig anderes. Könnte es nicht sein, dass man unterm Strich mehr Gutes für Asylbewerber tut, wenn man gegen die Kröte Herkunftsländer die Verbesserungen für die anderen eintauscht? Da wird Menschenrecht gegen Menschenrecht eingetauscht, heißt es, da werden Flüchtlinge erster und zweiter Klasse definiert. Mag sein, aber diese Definition geht doch von der Großen Koalition aus – und die Grünen stehen so oder so vor der Wahl, welches Recht sie höher wichten. Denn auch wenn sie die neuen „sicheren“ Herkunftsländer blockieren, sprechen sie sich gegen Asylbewerber aus – gegen diejenigen, denen die ausgehandelten Erleichterungen nun zugute kommen.

Nein, es ist perfide, den Grünen die Schuld zu geben für die Zwickmühle, die ihnen von anderen gelegt wurde. Aber da sie nun mal da ist, müssen sie reagieren. Kretschmanns Entscheidung hilft jedenfalls vielen. Die andere Entscheidung hätte möglicherweise auch vielen geholfen. Darf man dafür Kretschmann an den Pranger stellen? Sollten das die eigenen Leute tun?

Das überlaute Geschrei mancher Grünen hat nur die Konsequenz, dass in vielen Medien die Grünen für die Verschärfung des Asylrechts verantwortlich gemacht werden. Das ist dann aber der Höhepunkt der Verdrehung. Nein, das waren CDU und SPD mit ihrer 80 %-Mehrheit. Und die Grünen haben in dieser schwierigen Situation immerhin für nicht ganz wenige Asylbewerber die Lage ein klein wenig verbessert. Man darf das durchaus auch loben.

Grüne Ratsfraktion hat sich konstituiert

Am heutigen Abend konstituierte sich die neue Ratsfraktion der Grünen in Schwerte. Nach dem erfolgreichen Abschneiden bei der Kommunalwahl besteht diese jetzt aus fünf statt vorher vier Ratsmitgliedern:

Andrea Hosang,
Bruno Heinz-Fischer,
Barbara Stellmacher,
Max Reinert und
Reinhard Streibel.

Geführt wird die Fraktion in bekannter grüner Manier von einer Doppelspitze bestehend aus Andrea Hosang und Bruno Heinz-Fischer.

Beschlossen wurde u.a. am heutigen Tag, den bisherigen Namen der Fraktion zu verkürzen auf "Die Grünen" statt bisher Bündnis 90/Die Grünen.

Darüber hinaus wurden erste Absprachen zur zukünftigen Arbeit im Rat der Stadt Schwerte und zur Umsetzung "Grüner Themen" getroffen.

Zusammen mit vielen bisherigen und sicher auch zukünftigen Mitstreiterinnen und Mitstreitern freuen sich alle auf die neuen Herausforderungen der sechsjährigen Legislaturperiode!



Grüne Gartenzwerge erobern Schwerte?

In den nächsten Tagen werden immer wieder mal in der Schwerter Innenstadt grüne Gartenzwerge einfallen und für mehr Grün in der Stadt, mehr Raum für die Jugend und für mehr erneuerbare Energie kämpfen!



Neue Werbeflächen in Schwerte: Flyer einfach mitnehmen

Am Sonntag, den 18.05.2014 werden wir die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen „Waldspaziergang“

in Ergste im Bereich des Oberlaufes vom Elsebach unternehmen.

Die fachkundliche Leitung dazu wird von Herrn Pitzer (AGON) durchgeführt.

Die Waldführung beginnt morgens um 10 Uhr, da zu diesem Zeitpunkt noch recht viele Vogelstimmen zu hören sind.

Der Treffpunkt für den geplanten Spaziergang ist der Parkplatz vom Elsebad.

Von hier aus wird die Gruppe den Elsebach entlang gehen und später in den Wald vordringen. Die gesamte Führung wird nach Auskunft von Herrn Pitzer ca. 90 bis 120 Minuten dauern.

Deutschland – Exporteur von Billigfleisch

Massentierhaltung in Deutschland dient der Ernährung der Bevölkerung, möchte man glauben. In Wahrheit führt sie mittlerweile immer mehr zum Fleischexport.

Deutschland ist mittlerweile ein bedeutender Exporteur von hoch subventioniertem Billigfleisch.

8, 7 Mio Tonnen Fleisch werden jährlich in Deutschland hergestellt,
4, 1 Mio Tonnen werden exportiert aber auch 2,5 Mio Tonnen importiert.

Der Exportüberschuss beträgt also stolze 1,6 Mio Tonnen Fleisch. Das entspricht ungefähr 11 Mio Schweinen, 250 000 Rindern und 140 Mio Hühnern. Oder, mittelgroße Massenbetriebe zugrunde gelegt, 2600 Schweineställen, 400 Rinderställen und 2800 Hühnerställen.

Massentierhaltung von Schweinen und Geflügel wird von der EU allein in Deutschland mit jährlich knapp 1 Milliarde € subventioniert!

In Deutschland gibt es also viel zu viel Massentierhaltung. Dadurch werden schon im Inland die Preise zerstört – weil es zu viel Fleisch gibt, wird es immer billiger, weil die Großbauern zu wenig für ihr Fleisch bekommen, wollen sie immer mehr produzieren. Das ist nicht Schuld des einzelnen Bauern – das ganze System ist krank.

Gefährlich kann es werden, wenn das Fleisch so billig nach Afrika exportiert wird, dass dort die einheimischen Bauern um ihre Existenz gebracht werden (das ist für Ghana und Burkina Faso belegt). Francisco Mari, Agrarexperte bei Brot für die Welt: „Jede verhinderte Mastanlage in Deutschland ist auch ein Beitrag gegen die Armut und Hunger schaffenden Fleischexporte.“ Das ist unfaire Handel in hohem Maße.

Massentierhaltung schafft massive Umweltprobleme, v. a. durch die viele anfallende Gülle, die nicht mehr auf den eigenen Feldern nutzbringend angewandt werden kann. Deswegen brauchen z. B. Ställe mit mehr als 3000 Schweinen eine Umweltverträglichkeitsprüfung und müssen von der zuständigen Behörde, für Schwerte ist das der Kreis Unna, genehmigt werden.

Dass Massentierhaltung Tierquälerei ist, wird kaum noch bestritten. Dass die Tiergesundheit massiv leidet, sieht man am besten daran, dass massive Antibiotikagaben in der Schweinezucht normal sind. Auf Höfen mit weniger als 50 Schweinen leben zwei Drittel von ihnen auf Stroh, bei Höfen mit mehr als 5000 Schweinen nur noch eins von Hundert.

(Die Angaben des Textes basieren auf Statistiken des Bundeslandwirtschaftsministeriums, auf Angaben des BUND und auf dem „Kritischen Agrarbericht 2014“)

[Unseren Presseartikel dazu findet ihr HIER](#)

Grüner Ehrenamtspreis 2014

Der GRÜNE Ehrenamtspreis 2014 wird an das Theater am Fluss verliehen.

Das Theater am Fluss hat sich in den letzten Jahren ständig weiter entwickelt und ist heute aus dem Schwerter Kulturleben nicht mehr wegzudenken. Ein Laientheater mit professionellem Anspruch, gemacht vorwiegend von Jugendlichen, und jungen Erwachsenen. Mittlerweile gelingt es ihnen, zwölf Produktionen jährlich auf die Bühne zu bringen, darunter so große Inszenierungen wie die Dreigroschenoper und Mutter Courage.

Der Preis wird am Sonntag, 4. Mai, um 18 Uhr in der Halle 4 der Rohrmeisterei übergeben, der Spielstätte des T.a.F. Laudator ist Herbert Hermes.

Zu der Veranstaltung sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Eintritt selbstverständlich frei.

Ehrenamtliche sind keine 400-Meter-Läufer...

Ehrenamt gehört nicht in den Wahlkampf

Ein sofortiges Moratorium bringen die Grünen ins Gespräch für die öffentlich geführte Diskussion um die Auszeichnung von Ehrenamtlern. „Unsere Stadt ist überregional bekannt für ihr erhebliches bürgerschaftliches Engagement – ob z.B. Schichte, Bürgerbad im Elsetal, zwei Beginenhöfe, Bürgerstiftung Rohrmeisterei und die vielen, vielen anderen. Man beneidet uns dafür in ganz NRW und es ist unser Kapital für eine lebendige, soziale Stadt“, so Andrea Hosang, Spitzenkandidatin der Grünen. „Da verbietet sich jede Diskussion über Auszeichnungen. Jeder und jede Ehrenamtliche ist Gold wert. Und ihre wertschätzende Auszeichnung lebt von der Einmütigkeit des Stadtrates.“ Wenn die SPD jetzt diese Einmütigkeit aufkündige, sei das schlimm genug und entbehre jeder Grundlage. Barbara Stellmacher, grüne Ratsfrau: „Ich möchte der SPD sagen: Ehrenamtliche sind keine Vierhundertmeter-Läufer. Sie laufen nicht, um sich zu messen oder sich messen zu lassen, das haben sie nicht nötig. Deshalb kann nicht Einer / Eine gewinnen, schon gar nicht nach Bewertung durch einen Kriterienkatalog.“ Deshalb mahnen die Grünen in Schwerte ein sofortiges Ende der öffentlichen Debatte an – das Thema sollte mindestens für dieses Jahr ruhen. „Jeder Ehrenamtliche ist ein Schatz für Schwerte. Alle bringen sich mit ihrer Kompetenz freiwillig ein, um Wissen und Erfahrung weiterzugeben und zu helfen. Wir finden das wunderbar“, so die Grünen.

20.03.2014

Runder Tisch mit einem Stadelternrat erforderlich

Alle Schwerter Schulen sind an der Diskussion zu beteiligen

Es ist klar, dass die Ablehnung von über 90 Kindern an der Gesamtschule die Schwerter Schuldiskussion befeuert hat. Mit Schuldzuweisungen an die eine oder andere Seite ist jedoch niemandem geholfen, vor allem nicht den Kindern. Entscheidend wird sein, dass alle Beteiligten ihren Anteil an dem derzeitigen Dilemma erkennen und ihren Beitrag zu Lösung leisten: Schulen und Eltern, Schüler und frische Schulabsolventen, Schulverwaltung und Jugendamt, zuletzt auch die Politik, die das, was aus den Aussagen der Beteiligten sich ergibt, in die richtige rechtliche Form bringen muss.

[\[mehr\]](#)



Wir trauern um Monika Demant

Ich sehe sie noch vor mir, wie sie in ihrer heiter souveränen Art erklärt, warum sie zwar nicht wieder als grüne Bürgermeisterkandidatin, wohl aber als Spitzenkandidatin für den Rat antreten wolle. Sie wollte sich genauso für die Stadt als Ganze einsetzen wie vor fünf Jahren, aber diesmal konzentrierter. Beruflich von der Frühförderstelle Unna (für von Behinderung bedrohte Kinder) kommend, war ihr der Einsatz für die Schwächeren dieser Gesellschaft immer selbstverständlich. Inklusion - also die Aufnahme behinderter Kinder an der Regelschule - war ihr Lebensthema geworden. Und ihr war in den Jahren im Rat immer klarer geworden, dass darin ihr wichtigster Dienst für die Stadt lag. Denn die Menschlichkeit einer Stadt entscheidet sich daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Mitglieder umgeht. Sie wusste: eine behindertengerechte Stadtplanung ist eine menschenfreundliche Stadtplanung, ein behindertengerechtes Verkehrsmittel ist ein menschenfreundliches, und so weiter durch alle Bereiche der Stadtpolitik.

Monika Demant hat sich diesen Themen, diesen Aufgaben nicht nur im Rat gewidmet. Die Gruppe dabei (Behindertenpolitik), das Schwerter Netz für Familie, das Hospiz, die katholische Gemeinde: dies ist nur ein Ausschnitt ihres Engagements. Sie freute sich darauf, diese Arbeit weiter zu machen, und wir waren froh, weitere fünf Jahre auf sie zählen zu dürfen. Umso unvorstellbarer, umso schockierender ist die Nachricht von ihrem plötzlichen Tod. Unvorstellbarer, dass in der nächsten Besprechung der Platz leer ist, wo sie mit ihrem iPad saß (sie hatte als erste von uns eins), stets neue Informationen hervor holend, stets aufmunternd und vorwärts weisend. Wir werden diesen Platz nicht füllen können. Aber wir nehmen als Verpflichtung an, ihr politisches Erbe so gut es geht zu bewahren und fortzusetzen.

Gernot Folkers